

PRESSEMITTEILUNG

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, DER EZB UND DES IWF ZUR ERSTEN VIERTELJÄHRLICHEN GEMEINSAMEN PRÜFUNG IRLANDS

Mitarbeiter der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) kamen vom 5. bis zum 15. April in Dublin zur ersten vierteljährlichen Prüfung des Wirtschaftsprogramms der irischen Regierung zusammen. Mithilfe des Programms sollen Schwächen im Finanzsektor behoben und die irische Volkswirtschaft auf einen Weg hin zu nachhaltigem Wachstum, soliden öffentlichen Finanzen und der Schaffung von Arbeitsplätzen gebracht werden. Einer der Schwerpunkte des Programms liegt in der Bewahrung sozialer Gerechtigkeit bei der Verteilung der mit der Anpassung verbundenen Lasten.

Der Beurteilung des Mitarbeiterstabs zufolge verläuft das Programm planmäßig, es sind jedoch nach wie vor Herausforderungen zu meistern; entscheidend wird hierbei eine entschlossene Umsetzung der politischen Maßnahmen sein.

Irland macht bei der Bewältigung der gravierendsten Wirtschaftskrise der jüngeren Geschichte des Landes große Fortschritte. Das Programm wird zielstrebig durchgeführt, obwohl sich Irland in einer Phase politischer Veränderungen und in einem unsicheren außenwirtschaftlichen Umfeld befindet. Die neue Regierung hat sich die Ziele und zentralen Elemente des von EU und IWF unterstützten Programms im Rahmen ihres Regierungsprogramms und ihres entschiedenen Ansatzes für Reformen im Bankensektor in vollem Umfang zu eigen gemacht.

Laut den **gesamtwirtschaftlichen Aussichten** ist für 2011 wieder mit einem Wachstum der Wirtschaft zu rechnen. Nachdem das reale BIP 2010 um 1 % geschrumpft war, dürfte es im laufenden Jahr ansteigen, wenngleich schwächer als zuvor prognostiziert. Hauptantriebskraft des konjunkturellen Aufschwungs ist das rege Exportgeschäft, das von der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und der Ausweitung des Welthandels gestützt wird. Die Inlandsnachfrage dürfte – obschon nicht mehr so stark – weiter sinken. Die Kerninflation bleibt den Prognosen zufolge gedämpft, die Gesamtinflation jedoch zieht aufgrund steigender Energie- und Nahrungsmittelpreise an.

Die am 31. März angekündigten umfassenden Rekapitalisierungsmaßnahmen und Reformen stellen für den **Bankensektor** einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung der Solidität des irischen Bankensystems dar. Die Glaubwürdigkeit dieses Vorgehens wurde durch positive Marktreaktionen

bestätigt, denn nach der Ankündigung sanken die Renditen irischer Anleihen. Schwerpunkt der Erörterungen während der gemeinsamen Prüfung waren die Prioritäten bei der Umsetzung der Reformen, darunter die Reorganisation und der Abbau des Verschuldungsgrads im Bankensystem sowie die Stärkung der Eigenkapitalbasis. Diese Maßnahmen sind unabdingbar, damit das Bankensystem künftig die wirtschaftliche Erholung stützen kann.

Im Bereich der **Finanzpolitik** wurden die Haushaltsziele für Ende Dezember 2010 und Ende März 2011 mit einer breiten Marge erreicht. Für 2011 wird ein Haushaltsdefizit von rund 10,5 % des BIP vorhergesagt. Die Behörden haben ihr entschlossenes Engagement für die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die im Rahmen des von EU und IWF unterstützten Programms vereinbart wurde, sowie für die Rückführung des Defizits auf 3 % des BIP im Jahr 2015 bekräftigt. In Kürze wollen die zuständigen Stellen ein Beschäftigungsprogramm beschließen, wobei die vereinbarten haushaltspolitischen Ziele nicht gefährdet werden sollen. Die Behörden führen zudem eine umfassende Überprüfung der Ausgaben durch, um sicherzustellen, dass die Haushaltskonsolidierung durch eine größtmögliche Effektivität der Mittelverwendung untermauert wird. Diese und weitere im Programm enthaltene Schritte werden dazu beitragen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten.

Was **Strukturreformen** anbelangt, so werden die im Rahmen des Beschäftigungsprogramms vorgesehenen Stützungsmaßnahmen und eine auf der Grundlage einer laufenden Überprüfung durchgeführte Reform der sektoralen Lohnsetzungssysteme die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern. Die Regierung plant überdies, durch Gesetzesänderungen Beschränkungen des Handels und des Wettbewerbs in geschützten Wirtschaftsbereichen zu beseitigen; hierzu gehören Anwaltsberufe, Gesundheitsdienste und pharmazeutische Berufe.

Die weitere energische Umsetzung des Programms – mit Unterstützung der EU und des IWF – spielt nach wie vor eine entscheidende Rolle, damit die Rückkehr Irlands an den Kapitalmarkt zu tragbaren Zinssätzen realisiert werden kann.

Das staatliche Programm wird durch Kredite der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Höhe von 45,0 Mrd € sowie eine Erweiterte Fondsfazilität des IWF im Umfang von 22,5 Mrd € gefördert. Der irische Beitrag beläuft sich auf 17,5 Mrd €. Durch die Zustimmung zu den Ergebnissen der ersten gemeinsamen Prüfung wird der Weg für die Auszahlung von 4,5 Mrd € (2,9 Mrd € von der EU und 1,6 Mrd € vom IWF) freigemacht werden.

Die nächste Überprüfung des Programms ist für Juli 2011 vorgesehen.

Europäische Zentralbank

Direktion Kommunikation

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**